Erscheinen:
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Vierteljähriges Abonnement: am Schalter 1 M., durch den Boten ins Haus 1 M. 25 Pf., durch die Post 1 M. 25 Pf., durch die Post frei ins Haus 1 M. 50 Pf.

Großenhainer Unterhaltungs-und Anzeigeblatt.

Inserate
für die am Abend vorher auszugebende Nummer werden bis früh 9 Uhr angenommen und Gebühren für solche von auswärts, wenn dies der Einsender nicht anders bestimmt, durch Post-Nachnahme erhoben.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Großenhain.

STADT-BIBLIOTHEK ZU GROSSENHAIN.

Druck und Verlag von Herrmann Starke (Plasnick & Starke) in Großenhain. Für die Redaction verantwortlich: Herrmann Richard Starke.

Nr. 58. **Dienstag, den 17. Mai 1887.** **75. Jahrgang.**

Die **Ortsarmenverbände** werden hiermit aufgefordert, etwaige Gesuche um Gewährung **von Beiträgen aus dem Bezirksvermögen**

zu **Verpflegungskosten** für **sieche Personen,** rücksichtlich welcher, insoweit es sich nicht um in Siechenanstalten untergebrachte notorische Sieche handelt, durch Beibringung eines **ärztlichen** Zeugnisses zu bescheinigen ist, daß die in Frage kommenden Personen auch **wirklich Sieche** sind,

sowie zu **Erziehungskosten** für **verwahrloste** oder **der Verwahrlosung ausgesetzte Kinder**

mit entsprechender Begründung und der Angabe, beziehentlich dem Nachweise, **welcher Betrag im Jahre 1886 an Verpflegungs- beziehentlich Erziehungskosten** aufgewendet worden ist, bis

zum 26. dieses Monats

anher einzureichen, da später eingehende Gesuche auf das vergangene Jahr keine Berücksichtigung finden können.

Großenhain, am 10. Mai 1887.

Die Königliche Amtshauptmannschaft.
78 u. 79 A. **von Weissenbach.** D.

Bekanntmachung.

Bei der am 6. dieses Monats vorgenommenen Prüfung der von Reservisten ꝛc. angebrachten Gesuche um Zurückstellung für den Fall der Einberufung hat die verstärkte Ersatz-Commission des hiesigen Aushebungsbezirks beschlossen,

den Reservisten Franz Otto Fritzsche in Radeburg,
„ „ Ernst Gustav Koch in Zottewitz,
den Landwehrmann Friedrich Hermann Naumann in Großenhain,
„ „ Ernst Otto Müller in Gävernitz,
„ „ Friedrich Barth in Riesa,
„ „ Max Louis Gerlach in Riesa und
„ „ Carl Emil Zocher in Großenhain

wegen ihrer häuslichen und gewerblichen Verhältnisse bis zum nächsten Classificationstermin hinter den letzten Jahrgang der Landwehr zurückzustellen.

D 672. **Königliche Amtshauptmannschaft Großenhain,**
am 10. Mai 1887. **von Weissenbach.** Tn.

Konkursverfahren.

Auf Antrag des Verwalters in dem zu dem Vermögen des Rittergutsbesitzers Gustav Oscar Schweinitz in Koselitz eröffneten Konkursverfahren wird zur Beschlußfassung über den Seiten eines Gläubigers erhobenen Anspruch auf Aussonderung verschiedener Gegenstände (einer Mehrzahl Viehstücke, Wagen, des Brennereiinventars) aus der Konkursmasse eine Gläubigerversammlung auf

den 23. Mai 1887 Vormittags 10 Uhr

an hiesige Amtsgerichtsstelle berufen.

Großenhain, am 13. Mai 1887.

Das Königliche Amtsgericht.
Scheuffler. Hch.

Bekanntmachung.

Von dem diesjährigen Reichsgesetzblatte ist das 14. Stück erschienen.

Dasselbe liegt, gesetzlicher Bestimmung gemäß, 14 Tage in der Rathskanzlei zu Jedermanns Einsicht aus und enthält:

Nr. 1713 Bekanntmachung, die Erweiterung von Festungsanlagen betreffend, vom 13. Mai 1887
und Nr. 1714 Bekanntmachung, die technische Einheit im Eisenbahnwesen betreffend, vom 20. April 1887.

Großenhain, am 16. Mai 1887. **Der Stadtrath.**
Herrmann.

In **Röthig**'s Kunst- und Handelsgärtnerei in Striesen werden **nächsten Freitag bis Sonntag**

die **Gemüse-** und **Sommerblumenpflanzen**

ausverkauft.

Großenhain, am 16. Mai 1887. **Der Konkursverwalter.**
Bräuer.

Städtische Feuerwehr.

Die Mannschaften der **Spritze Nr. 2** haben **Dienstag den 17. Mai** Abends ½8 Uhr zu einer **Uebung** auf dem **Turnplatze** pünktlich zu erscheinen.

Großenhain, den 11. Mai 1887. **G. Bretschneider,** Zugführer.

Politische Weltschau.

So wie in Millöcker's Operette „Gasparone" die Worte: „Zucker und Kaffee!" die Losung bilden, so lautet jetzt das sehr ähnliche Stichwort in dem deutschen Bundesrathe und im Reichstage: „Zucker und Branntwein!", denn diese beiden Steuerobjecte sind nun einmal dazu ausersehen, dem Reiche die Mehreinnahmen zu liefern, welche nach den beschlossenen höheren Aufwendungen für die Wehrkraft dringend gebraucht werden. Die jetzt den Bundesrath beschäftigende Zuckersteuervorlage ist keine Abänderung oder kein Zusatz zu dem bisherigen Zuckersteuergesetz, sondern hat eine ganz selbstständige Fassung. Darnach bleibt die Rübensteuer zwar bestehen, dieselbe wird aber von 1 M. 80 Pf. auf 1 M. pro Doppelcentner herabgesetzt; ebenso wird aber auch die Ausfuhrvergütung herabgesetzt und dabei das Ausbeuteverhältniß von 9 anstatt 10⅙ Centner Rüben zu 1 Centner Rohzucker angenommen. Neben dieser Rübensteuer soll ferner von dem im Inlande consumirten Zucker eine Verbrauchssteuer von 10 M. pro Doppelcentner erhoben werden. Der Gesammtertrag der erst am 1. August 1888 in Kraft tretenden Vorlage wird auf über 40 Millionen Mark veranschlagt. Aus der Branntwein-Besteuerung hofft man im Fall der unveränderten Annahme der dem deutschen Reichstage zugegangenen Vorlage einen Mehrertrag von fast 100 Millionen Mark zu erzielen; von den Gegnern des Gesetzentwurfs ist der zu erwartende Ertrag sogar noch weit höher geschätzt worden. Die zweitägige Debatte, welche damit abschloß, daß der Reichstag die Vorlage an eine Commission verwies, hat ergeben, daß nur die Deutschfreisinnigen und die Socialdemokraten der Vorlage grundsätzlich feindlich gegenüberstehen, also nur ein Zehntel der Versammlung, während neun Zehntel unter mehr oder weniger weitgehender Billigung der Grundlagen des Entwurfs bereit sind, den Versuch der Verständigung zu machen. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß auch in dem schwierigen Kampfe der realen Interessen, der gelehrten Schulmeinungen und der fiscalischen Bedürfnisse Frieden gestiftet werden kann, und dieser Friedensschluß wird sicher von großer und weit in die Zukunft reichender Bedeutung sein. Für diese so wünschenswerthe Verständigung erschien es nur als ein Hemmniß, daß im preußischen Abgeordnetenhause eine weitere Erhöhung der landwirthschaftlichen Zölle in nahe Aussicht gestellt wurde und daß die als officiöses Organ des Finanzministers v. Scholz geltenden „Berliner Pol. Nachrichten" sogar den Erlaß eines Sperrgesetzes empfahlen. Um so angenehmer berührte die folgende in den letzten Tagen von dem officiösen Telegraphen-Bureau verbreitete Erklärung: „In verschiedenen Blättern ist die Idee eines Gesetzes wegen Sperrung der Einfuhr von Getreide angeregt worden. Dem gegenüber können wir aus zuverlässigster Quelle versichern, daß die Regierung diesem Gedanken vollständig fern steht." Demnach braucht der Handlesstand zunächst die Beunruhigungen nicht zu fürchten, die ein Sperrgesetz nothwendig zur Folge haben würde. Es ist dies um so erfreulicher, als die Aussichten auf derartige Maßregeln bereits in den Kreisen der ungarischen Großgrundbesitzer, welche den Absatz ihrer Producte nach Deutschland bereits vollständig verkümmert sahen, große Verstimmung erzeugt hatten. Eine gewisse Rücksicht auf diese Kreise scheint aber unerläßlich, wenn das deutsch-österreichische Bündniß nicht Schaden erleiden soll, zumal die „Nordd. Allg. Ztg." in der Absicht, Rußland von der Schuldlosigkeit Deutschlands an den jetzigen Zuständen auf der Balkanhalbinsel zu überzeugen, eine Reihe von Enthüllungen über die Vorgeschichte der Occupation von Bosnien gebracht hat, welche in Wien und Pest recht peinlich berührten. Im deutschen Reichstage ist anläßlich der Berathung der Convention mit Rumänien auch mit Recht darauf hingewiesen worden, daß die Tendenz, allen fremden Producten den Eingang in Deutschland zu verwehren, den ganzen internationalen Verkehr lähmt. Für die Germanisirung der östlichen Provinzen Deutschlands dürfte sich die Annahme des neuen Kreistheilungsgesetzes im preußischen Abgeordnetenhause von nachhaltiger Bedeutung erweisen. Die Vorlage bildet den vollgiltigsten Beweis dafür, daß die preußische Regierung die kirchenpolitischen Fragen streng von den nationalen sondert und in dem Friedensschluß mit dem Vatican keinen Grund findet, die polnischen Agitationen milder zu beurtheilen.

In Oesterreich-Ungarn hat sich die erste Aufregung, welche die deutschen officiösen Aeußerungen über die Occupation Bosniens und über die bevorstehende Erhöhung der Getreidezölle hervorgerufen hatten, wieder etwas gelegt. Eine amtliche Widerlegung jener Kundgebungen ist zwar noch nicht erfolgt, doch gilt die Berliner Zuschrift an das „Wiener Fremdenblatt", wonach in den deutschen Regierungskreisen feststeht, daß dermalen das Friedensbündniß der beiden Kaisermächte die von Oesterreich occupirten Provinzen ebenso schütze, wie jeden Theil der österreichisch-ungarischen Monarchie, als von einflußreicher Seite inspirirt. Nachdem von den gesetzgebenden Corporationen Oesterreich-Ungarns der neue Zolltarif genehmigt worden ist, wird die österreichisch-ungarische Zollconferenz sich mit den Durchführungs-Verordnungen beschäftigen. Der neue Zolltarif tritt am 1. Juni in Wirksamkeit. Was das handelspolitische Verhältniß zu Deutschland betrifft, so dürfte die österreichisch-ungarische Regierung bereits in der nächsten Zeit vertraulich in Berlin wegen der Aufnahme der Vertragsverhandlungen anfragen. Das österreichische Abgeordnetenhaus beschäftigt sich noch immer mit der Budgetberathung, in deren Verlauf sich der Ministerpräsident Graf Taaffe und der Finanzminister v. Dunajewski vollständig mit der Partei der Rechten identificirten und die deutsch-böhmischen Abgeordneten ihre Hoffnungslosigkeit mehr als nöthig bekundeten. Besonders enttäuschend wirkt es auf die Mitglieder der Linken, daß auch der bisher als gut deutsch gehaltene Unterrichtsminister v. Gautsch Erklärungen abgab, welche die anfangs so mißtrauischen Czechen vollständig befriedigten, so daß die Einstellung des von dem Budgetausschusse gestrichenen Postens für den zweiten Sectionschef im Unterrichtsministerium fast einstimmig bewilligt wurde, Herr v. Gautsch zeigte auch bei den Tumulten der über den im Fahrwasser der Rechten segelnden Professor Maaßen empörten Wiener Studenten eine bemerkenswerthe Energie. Die sämmtlichen juristischen Vorlesungen an der Wiener Universität wurden einstweilen untersagt und die Rädelsführer bei den Kundgebungen gegen Maaßen in Haft behalten.

Am Dienstag sind die französischen Kammern wieder zusammengetreten, aber dies geschah unter Umständen, die eine sehr erregte parlamentarische Session voraussehen lassen und sehr leicht entweder zu einer Cabinetskrisis oder zu einer Kammerauflösung führen können. Unter dem Druck der finanziellen Schwierigkeiten ist die Mißstimmung gegen das Cabinet Goblet immer größer geworden und auch die Beliebtheit des Kriegsministers Boulanger sichtlich geschwunden. Der Letztere mußte es als eine Niederlage betrachten, daß die Deputirtenkammer den Antrag Mahy's, die Debatte über das so dringliche Armengesetz wenigstens zu beginnen und dann behufs Erledigung der Zuckersteuer zu unterbrechen, mit 297 gegen 227 Stimmen ablehnte. Um eine Verständigung mit dem Budgetausschuß der Kammer zu ermöglichen, erschienen der Conseilpräsident Goblet und der Finanzminister Dauphin Mittwoch selbst in der Commission und erneuerten dort ihren Vorschlag, Ersparnisse im Betrage von 13 Millionen Frcs. herbeizuführen. Goblet erklärte sich sogar bereit, mit der Commission zu prüfen, ob nicht noch größere Abstriche möglich seien. Das hinderte die Commission aber nicht, mit 25 gegen 5 Stimmen eine Resolution anzunehmen, in welcher sie erklärte, daß die vorgeschlagenen Ersparnisse unzureichend seien und deshalb die Regierung neue Vorschläge machen müsse. Diese Zumuthung hat das Ministerium veranlaßt, die Verhandlungen mit der Commission abzubrechen und die Entscheidung der Budgetfrage der Kammer anheimzugeben, in der Anfangs nächster Woche an den Minister Goblet die Cabinetsfrage gestellt werden wird.

Fast in allen Kreisen Englands herrscht jetzt eine tieferbitterte Stimmung gegen die irische Nationalpartei, weil man in der seltsamen Art, in welcher die schweren Anschul-

SLUB Wir führen Wissen.